

## Beschluss

Rechtsextremist\*innen das Einfallstor verschließen: keine Instrumentalisierung der Pandemie zulassen

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 26.03.2022

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge Verschiedenes

### Antragstext

1 Seit zwei Jahren leben wir mit der COVID-19-Pandemie. Das verlangt uns allen im Alltag immens viel ab.  
2 Wir haben in Brandenburg gemeinsam die Zeiten im Lockdown überstanden. Wir sind mit Pflegekräften,  
3 Eltern und Verwaltungsmitarbeitenden an unsere Grenzen gekommen. Uns eint die Erschöpfung und der  
4 Wunsch nach einem Ende der Pandemie. Dennoch steht die Mehrheit der Gesellschaft solidarisch  
5 zusammen, auf der anderen Seite erleben wir eine massiver Zunahme radikaler, teils extremistischer  
6 Meinungsäußerungen von einem kleinen Teil der Gesellschaft. Diese erreichen über Telegram und andere  
7 soziale Netzwerke immer mehr Menschen in einem Umfeld, in dem weder kritisch hinterfragt noch  
8 Widerspruch gegen antisemitische Verschwörungserzählungen geäußert wird.

9 Unangemeldete Versammlungen, bei denen konsequent gegen das Infektionsschutzgesetz und  
10 versammlungsrechtliche Auflagen, Gesetze und Verordnungen verstoßen wird, richten sich nur vermeintlich  
11 gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Den Initiator\*innen geht es um etwas anderes. Zum  
12 Teil sind es die gleichen Akteure, welche seit Jahren asylfeindliche Demonstrationen organisieren oder an  
13 diesen teilnehmen. Sie lehnen den demokratischen Staat ab und heizen mit Widerstands-Rhetorik die  
14 Stimmung immer weiter an. Wer hier mitläuft, unterstützt die größte rechtsextreme Mobilisierung seit  
15 Jahrzehnten.

16  
17 Mit Sorge beobachten wir die spontan emotionalisierte Gewalt, an der sich beispielsweise beim Stürmen  
18 einer Polizeikette auch Versammlungsteilnehmer\*innen beteiligen, die sonst nicht einem gewaltbereiten  
19 Spektrum zuzuordnen sind. Unser ausdrücklicher Dank gilt den Polizist\*innen, die über viele Wochen  
20 hinweg unter erheblichen persönlichen Belastungen diese Versammlungen begleitet haben.

21 Unsere Solidarität gilt neben den direkt von der Pandemie betroffenen Menschen denen, die sich allein, in  
22 lokalen Initiativen oder kommunalpolitisch für das solidarische Brandenburg engagieren, für das die große  
23 Mehrheit unserer Gesellschaft steht. Sie gilt auch Journalist\*innen und Wissenschaftler\*innen, die immer  
24 häufiger psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt sind, dennoch ihrer wichtigen Arbeit nachgehen  
25 und damit eine unabhängige Berichterstattung bzw. Forschung ermöglichen.

26  
27 Wer sich Verschwörungserzählungen und rechtsextremer Mobilisierung entschlossen entgegenstellt,  
28 braucht Mut. Entsprechenden Gegenprotest unterstützen wir ausdrücklich und helfen den Betroffenen von  
29 rechter Gewalt.

### 30 **Versammlungsfreiheit schützen**

31 Der Schutz der im Grundgesetz garantierten Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist ein zentrales  
32 Anliegen bündnisgrüner Politik. Es ist selbstverständlich, dass Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie  
33 widersprochen und gegen diese demonstriert werden kann. Selbstverständlich ist aber auch, dass sich  
34 Versammlungsteilnehmer\*innen an geltendes Recht halten und dieses, wo das nicht der Fall ist, unter  
35 Wahrung der Verhältnismäßigkeit durchgesetzt wird.

36 Eine Umdeutung und Verharmlosung rechtsextremer Proteste durch die Verwendung von Begriffen wie  
37 "bürgerlich" oder "Spaziergang" lehnen wir ab, ebenso die Gleichsetzung friedlicher Proteste der

38 Anti-Atomkraft-Bewegung oder Klimaaktivist\*innen mit Fackelmärschen an Privatadressen von  
39 Politiker\*innen. Insbesondere als ostdeutscher Landesverband ist es für uns inakzeptabel, die Diktatur in  
40 der DDR zu verharmlosen und mit der Politik der Bundes- und Landesregierung gleichzusetzen. Das gilt  
41 auch für Vergleiche, die unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlungen leugnen  
42 oder verharmlosen.

43 Eine nicht unerhebliche Anzahl der Menschen im rechtsextremen und verschwörungserzählerischen  
44 Spektrum ist für uns nicht mehr erreichbar. Den Dialog mit den teilweise gewaltbereiten Initiator\*innen  
45 entsprechender Proteste schließen wir aus.

46 Dialogbereit bleiben wir gegenüber den Teilnehmer\*innen, die eine Grenze ziehen, wo wiederholt gegen  
47 Auflagen verstoßen und die freiheitliche demokratische Grundordnung abgelehnt wird. Zweck eines  
48 solchen Dialoges muss es sein, auf Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte und unter Anerkennung  
49 wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse über Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu  
50 streiten. Er darf niemals Teil der Proteste sein und nicht genutzt werden, um Verschwörungserzählungen zu  
51 verbreiten.

52  
53 Um einen besseren Überblick über im Zusammenhang mit Verschwörungserzählungen stehendes  
54 Versammlungsgeschehen zu erhalten, fordern wir ein landesweites Monitoring rechtsextremer  
55 Mobilisierung.

#### 56 **Demokratische Resilienz stärken**

57 Wir wollen und müssen die demokratische Resilienz unserer Gesellschaft stärken, um sie nachhaltig vor  
58 rechtsextremen Bedrohungen zu schützen. Dafür schaffen wir eine Kultur und Umwelt, in der die  
59 Verfassungstreue ihrer Mitglieder und Institutionen nicht nur formell anerkannt, sondern gelebt wird.

60 Wir wollen einen niedrigschwelligen, selbstbestimmten Zugang zu politischer Bildung. Dabei sollen  
61 demokratische Kompetenzen vermittelt werden, die über eine reine Institutionenkunde hinausgehen.  
62 Darüber hinaus wollen wir Beratungsangebote gegen Gewalt, Rechtsextremismus und  
63 Fremdenfeindlichkeit einschließlich der Opferberatung stärken und verstetigen. Projekt-finanzierte  
64 Angebote dürfen nur die Ausnahme und nicht die Regel sein.

65 Wir wollen zivilgesellschaftliches und demokratisches Engagement nachhaltig fördern und damit  
66 dauerhafte und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Das Land Brandenburg soll sich im Bundesrat  
67 dafür einsetzen, zivilgesellschaftliches Engagement als gemeinnützig anzuerkennen.

68 Die Landesregierung fordern wir auf, ein Landesgesetz zur Demokratieförderung vorzulegen. Ein solches  
69 Gesetz soll neben der Stärkung von Ehrenamt und Zivilgesellschaft auch kommunalpolitisches  
70 Engagement unter anderem durch einen Rechtsschutz fördern, der ehrenamtlichen Politiker\*innen eine  
71 effektive Verteidigung gegen Hass, Hetze und Verleumdungen ermöglicht.